

Vernehmlassungsantwort GLP Stadt Bern

Thema	Familienergänzende Kinderbetreuung: Kitas Stadt Bern: Vorschüsse Spezialfinanzierung und trägerschaftsbedingte Mehrkosten / Leistungserbringer: Zusatzleistungen, Einbezug und Monitoring: Betreuungsreglement; FEBR; SSSB 862.31, Teilrevision
Für Rückfragen	Janina Aeberhard, Co-Fraktionspräsidentin GLP/EVP, Stadträtin Bern janina.aeberhard@gmx.ch ; 078 775 55 62
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, 3000 Bern bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	16. Mai 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Teilrevision des Betreuungsreglements (FEBR). Die familienergänzende Kinderbetreuung ist für die gesellschaftliche Entwicklung und die wirtschaftliche Zukunft der Stadt Bern von zentraler Bedeutung. Sie unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, fördert die Gleichstellung der Geschlechter, hilft beim Abbau des Fachkräftemangels und bietet Kindern einen chancengerechten Start ins Leben. Vor diesem Hintergrund setzt sich die GLP Stadt Bern seit jeher für ein flächendeckendes, qualitativ gutes und bezahlbares Betreuungssystem ein.

Funktionierender Markt verlangt Zurückhaltung der öffentlichen Hand

2014 wurden die Betreuungsgutscheine in der Stadt Bern eingeführt, und mit dem kantonalen Betreuungsgutscheinsystem ab 2021 wurde ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht. Die mit der Einführung der Gutscheine bewusst angestrebte Liberalisierung des Kitamarkts bewährt sich: Gemäss dem Bericht von bolz+partner stehen in der Stadt Bern heute rund 3'380 Kita-Plätze an 98 bewilligten Standorten zur Verfügung, über 85 Prozent davon werden von privaten Trägerschaften betrieben. Die frühere Unterversorgung ist überwunden, Eltern werden finanziell entlastet und profitieren von einer breiten, qualitativ gesicherten und vielfältigen Angebotslandschaft, die ihren individuellen Bedürfnissen gerecht wird. Der entstandene Wettbewerb fördert nicht nur die Qualität der Betreuung, sondern auch gute Anstellungsbedingungen für die Mitarbeitenden. Gemäss Gemeindeordnung soll die Stadt Bern nur jene Aufgaben übernehmen, die durch Private nicht erbracht werden können. Sie muss ihre Rolle auf dem Kitamarkt folglich überdenken und neu ausrichten: Künftig soll sie sich auf die Steuerung des Gesamtsystems und allenfalls auf die gezielte Förderung von Betreuungsangeboten in unterversorgten Gebieten beschränken – nicht aber auf die Rolle als Anbieterin von Leistungen, die private Trägerschaften längst zuverlässig erbringen.

Mit der Einführung der Betreuungsgutscheine haben sich die Stimmberechtigten der Stadt Bern zudem klar für ein faires Nebeneinander von privaten und städtischen Kitas ausgesprochen. Dieses Gleichgewicht basiert auf

dem Prinzip, dass alle Leistungserbringer unter vergleichbaren Bedingungen operieren – insbesondere in finanzieller Hinsicht. Es war nie vorgesehen, dass Defizite städtischer Kitas mit allgemeinen Steuermitteln ausgeglichen werden. Eine solche Subventionierung widerspricht dem ursprünglichen politischen Entscheid und untergräbt die Glaubwürdigkeit des Betreuungsgutscheinsystems.

Vor diesem Hintergrund können wir der Argumentation des Gemeinderates nicht folgen. Dieser empfiehlt, die heute defizitären städtischen Kitas (Kitas Stadt Bern, KSB) mit der aktuellen Trägerschaftsform als Teil der städtischen Verwaltung beizubehalten und lediglich punktuelle betriebliche Verbesserungen sowie eine finanzielle Abgeltung sogenannter «trägerschaftsbedingter Mehrkosten» (weil KSB Teil der Kernverwaltung ist und daher an bestimmte Abhängigkeiten und Bezugsverpflichtungen gebunden ist) vorzunehmen. Damit würde jedoch weder die Wirtschaftlichkeit noch der Handlungsspielraum grundlegend verbessert, noch würde das strukturelle Defizit nachhaltig beseitigt. Und selbst wenn die jährlich zu berechnenden «trägerschaftsbedingten Mehrkosten» durch die Stadt übernommen würden, bleibt ein wirtschaftlich tragfähiger Betrieb von KSB angesichts der Defizite der vergangenen Jahre höchst fraglich. Aus Sicht der GLP Stadt Bern ist die vorgeschlagene Variante keine sinnvolle Lösung und an der rechtlichen Zulässigkeit hegen wir Zweifel. Die Grünliberalen fordern deshalb ausdrücklich, auf die Abgeltung von betriebswirtschaftlichen Kosten als sogenannt «trägerschaftsbedingte Mehrkosten» zu verzichten.

Bereits seit mehreren Jahren weisen wir auf die anhaltenden Defizite der Kitas Stadt Bern hin. Diese sind nicht allein strukturell bedingt, sondern auch Folge mangelnder betriebswirtschaftlicher Führung und fehlender strategischer Steuerung. Trotzdem wurde der Betrieb über Jahre hinweg unverändert fortgeführt – trotz klarer Warnsignale. Nun soll die Stadt faktisch eine Risikogarantie übernehmen und damit die Steuerzahlenden für diese Fehlentwicklung zur Kasse bitten. Eine solche Umverteilung öffentlicher Mittel ist weder rechtlich zulässig noch politisch legitimiert.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von KSB sind primär auf politisch gesetzte Rahmenbedingungen zurückzuführen. Insbesondere das städtische Personalreglement verursacht erhebliche Mehrkosten: Dazu zählen grosszügige Familienzulagen, verlängerte Elternzeit, zusätzliche Ferientage, kürzere Arbeitszeiten sowie hohe Pensionskassenbeiträge. Diese führen zu jährlichen Mehrkosten von über einer Million Franken, ohne die Betreuungsqualität in Kitas nachweislich zu steigern. Sie verschaffen den städtischen Kitas einen systemischen Marktvorteil.

Private Trägerschaften sind wirtschaftlich effizient, flexibel und tragen betriebliche Risiken selbst. Auch sie sehen sich derzeit vor grossen Herausforderungen mit einer veränderten Nachfrage sowie Fachkräftemangel und müssen entsprechende Massnahmen ergreifen, um die Kitas kostendeckend betreiben zu können. Wenn die Stadt ihre eigenen Kitas mit Sondermitteln – notabene Steuergelder – unterstützt, benachteiligt sie private Leistungserbringer systematisch und es kommt zu Wettbewerbsverzerrungen.

Der im Expertenbericht aufgezeigten Berechnung der «trägerschaftsbedingten Mehrkosten» stehen wir grundsätzlich kritisch gegenüber. Die Grundlage der Analyse ist methodisch schwach: Die Berechnung stützt sich lediglich auf einen Vergleich mit drei privaten Leistungserbringern – das ist angesichts der Vielzahl und Vielfalt privater Trägerschaften in der Stadt Bern nicht repräsentativ. Noch gravierender ist jedoch, dass der Bericht in

seiner gesamten Ausrichtung von einem unausgesprochenen politischen Grundsatzentscheid ausgeht, der nie offiziell gefällt wurde. Die BSS hat bei der Auftragsvergabe offenbar vorgegeben, dass das Führen städtischer Kitas als notwendig für die Versorgungssicherheit zu betrachten sei – und dadurch den Fokus des Berichts faktisch auf die Varianten 2 und 3 gelenkt. Varianten 1 (Auslagerung) und 4 (Rückzug) wurden damit von Beginn weg ins Abseits gestellt. Diese politisch vorgeprägte Ausrichtung untergräbt die Objektivität des Berichts und verzerrt die strategische Bewertung der Optionen.

Rückzug der Stadt als Leistungserbringerin: Die richtige Option zur richtigen Zeit

Stattdessen sprechen wir uns klar und dezidiert für einen geordneten Rückzug der Stadt Bern aus dem Betrieb eigener Kitas aus (Variante 4). Diese Option bietet die grössten finanziellen Vorteile, eine gerechtere Marktordnung ohne Wettbewerbsverzerrung und eine strategisch glaubwürdige Neuausrichtung. Die Stadt Bern soll sich auf ihre Steuerungsrolle konzentrieren und dort eingreifen, wo nachweislich Versorgungslücken bestehen.

Variante 4 würde zu einer nachhaltigen Entlastung des städtischen Haushalts um schätzungsweise CHF 2.3 Mio. pro Jahr führen und das unternehmerische Risiko entfällt für die Stadt. Die Umstellung kann etappiert erfolgen. Die Versorgungssicherheit bleibt gewährleistet, da heute bereits rund 85 Prozent der Kita-Plätze von privaten Leistungserbringern getragen werden. Die kantonalen Vorgaben verlangen jedoch unabhängig von der gewählten Variante, dass das bestehende Defizit der Spezialfinanzierung – per Ende 2024 rund CHF 8.76 Mio. – innerhalb von acht Jahren vollständig ausgeglichen wird. Auch bei einem Rückzug der Stadt aus dem Kitabetrieb muss das bis zur Auflösung von KSB aufgelaufene Defizit durch den allgemeinen Haushalt gedeckt werden. Gleichzeitig hätte die Veräusserung der Kitas aber einen positiven Effekt auf die städtische Bilanz: Die betroffenen Liegenschaften würden vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen überführt und mit rund CHF 12 Mio. neu bewertet. Dadurch entstünden neue finanzpolitische Spielräume – etwa durch spätere Vermietung, Veräusserung oder anderweitige Nutzung dieser Liegenschaften.

Gezielte Marktergänzung als Eckpfeiler städtischer Verantwortung

Der Expertenbericht zeigt deutlich: In der Stadt Bern besteht kein strukturelles Unterangebot an Kita-Plätzen. Vielmehr herrscht in einzelnen Quartieren oder Gegenden derzeit gar ein Überangebot. Die Stadt sollte deshalb bewusst nur dort aktiv werden, wo eine tatsächliche Versorgungslücke nachgewiesen ist. Ein flächendeckendes städtisches Angebot ist weder notwendig noch zielführend. Wir fordern deshalb ausdrücklich, dass der Auftrag der Stadt Bern mit dem Begriff «marktergänzend» klar und verbindlich im FEBR definiert wird.

Auch aus sozialpolitischer Sicht lässt sich ein Rückzug der Stadt rechtfertigen. Die städtischen Kitas erbringen gemäss Bedarfsanalyse keine zusätzlichen Leistungen bei Integration oder Spracherwerb, die nicht auch von privaten Trägerschaften geleistet würden. Zudem zeigt sich: Auch in wirtschaftlich schwächeren Quartieren mit besonderer sozialpolitischer Bedeutung werden Kitas betrieben und genutzt. Das spricht dafür, dass ein privatwirtschaftlich getragener Betrieb auch an diesen Standorten realistisch und tragfähig ist.

Die GLP Stadt Bern bekennt sich zur Wahrnehmung des sozialpolitischen Auftrags durch gezielte, subsidiäre Massnahmen. Die Stadt soll dort aktiv werden, wo ein effektives Marktversagen vorliegt – also, wenn trotz klarer Nachfrage kein ausreichendes Angebot durch private Trägerschaften entsteht. Es bestünde auch die Möglichkeit, dass die Stadt gezielte Fördermassnahmen ergreifen kann – etwa Zuschüsse für Kinder mit Fachstellenbestätigung gewähren, Finanzhilfen ausrichten oder Leistungsaufträge ausschreiben. Voraussetzung für solche Eingriffe ist ein zuverlässiges Monitoring der Versorgungslage sowie eine transparente Kommunikation mit den auf dem Markt aktiven Leistungserbringern. Die Stadt soll sich aus der operativen Führung von Kitas zurückziehen und sich auf die Gewährleistung eines zweckmässigen Kita-Angebots konzentrieren, das von privaten Trägerschaften erbracht wird. Die bestehenden städtischen Kitas sollen in einem noch abschliessend zu definierenden Zeitraum – der Vorschlag im Expertenbericht ist innerhalb von zwei bis vier Jahren – veräussert bzw. an den Privatsektor übergeben werden. Einzelne Kitas, für die sich keine Trägerschaft findet, werden gegebenenfalls aufgegeben. Dass ein Wechsel des Trägerschaftsmodells umsetzbar ist, zeigen Beispiele wie Muri bei Bern. Dort wurden die Kitas erfolgreich an einen privaten Anbieter übergeben, wobei Löhne und Arbeitsbedingungen erhalten blieben. Der Rückzug wurde als Chance gesehen – nicht als Risiko. Die GLP Stadt Bern ist der Ansicht, dass sich die Stadt als Steuerungsinstanz verstehen soll, nicht als Mitbewerberin im Betreuungsmarkt.

Fazit: Verantwortung übernehmen statt Defizite verwalten

Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Teilrevision verfehlt aus Sicht der GLP Stadt Bern ihr Ziel. Sie löst das Problem der defizitären Spezialfinanzierung nicht, sondern verlagert es dauerhaft in den allgemeinen Haushalt – und damit auf die Steuerzahlenden. Sie widerspricht demokratisch legitimierten Finanzierungsprinzipien und verzerrt den Markt. Wir fordern deshalb eine strategische Neuausrichtung: Der Gemeinderat soll Variante 4 zur Grundlage seiner Planung machen und eine neue Teilrevision vorlegen. Damit schaffen wir die Basis für ein tragfähiges, faires und zukunftsfähiges Betreuungssystem in der Stadt Bern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Janina Aeberhard

Co-Fraktionspräsidentin GLP/EVP

Stadträtin Bern